

Oskar Weggel

Die späte Rache des Li Peng:

Arabesken um den China-Besuch Bundeskanzler Kohls

Vom 12. bis 16. November 1995 hat Bundeskanzler Kohl im Kontext einer zehntägigen Asienreise, die ihn auch nach Vietnam und Singapur führte, die VR China besucht, und zwar - nach 1984, 1987 und 1993 - bereits das vierte Mal.

Während der Visite kam es, wie bereits gemeldet,¹ zur Unterzeichnung von vier Regierungs- und zwölf Handelsabkommen sowie zu den bei solchen Besuchen üblichen Gesprächsrunden.

Von Anfang an gab es freilich einige Merkwürdigkeiten, deren Bedeutung sich dem Beobachter nicht schon während, sondern erst lange nach Abschluß der Visite erschlossen, und die sich aus späterer Sicht als Teilstücke einer geschlossenen - und in typisch chinesisch-indirektem Stil vorgetragenen - Gesamtbotschaft erwiesen, deren Inhalt sich unverschlüsselt auf folgende Formel bringen läßt: "Ministerpräsident Li Peng wurde bei seinem Deutschlandbesuch im Sommer 1994 auf eine höchst unziemliche Art und Weise behandelt, wie sie sich mit dem gewachsenen Selbstbewußtsein der VR China keineswegs mehr vereinbaren läßt. Die Volksrepublik zahlt daher mit kleiner Münze heim."

Um den Gesamtzusammenhang dieser "Botschaft" deutlich zu machen, seien hier zunächst einige Einzelheiten zum Deutschlandbesuch Li Pengs rekapituliert und anschließend die einzelnen Schritte aufgezählt, die beim diesmaligen China-Besuch Kohls im Sinne einer "Heimzahlung" unternommen wurden.

1

Rückblick auf Li Pengs Deutschland-Visite

Vom 3. bis 9. Juli 1994 hatte Li Peng - ebenfalls im Rahmen einer "flächendeckenden" Reise, die ihn zuerst nach Österreich und zum Abschluß nach Rumänien geführt hatte, Deutschland besucht. Der "Bonner Teil" dieser Visite hatte einen zunächst vielversprechenden und freundlichen Verlauf genommen, doch hatte sich der zweite Teil, bei dem Li Peng eher mit der Bevölkerung in Berührung kam, zu einer einzigen Pannenabfolge entwickelt, angefangen von der Rheinfahrt zwischen Bingen und Boppard

über den Berlin- und Weimar-Besuch bis hin zur Visite am Tegernsee. Schon am Rheinufer war es zu zahlreichen Demonstrationen gegen den "Tiananmen-Mörder" vom Juni 1989 gekommen. Auch in Berlin, wo Li zusammen mit Bürgermeister Diepgen das Brandenburger Tor durchschreiten sollte, hatten sich Demonstranten versammelt, die Transparente mit Aufschriften wie "Li Peng - Schlächter vom Tiananmen" und "Mörder" trugen. Als Diepgen am Brandenburger Tor erschien, war er mit einem Pfeif- und Sirenenkonzert empfangen worden, woraufhin die Polizei gewaltsam gegen die Demonstranten vorgegangen war - ein überflüssiger Akt, wie sich bald herausstellte; denn Li hatte inzwischen - zum maßlosen Erstaunen Diepgens - den Besuchstermin am Brandenburger Tor abgesagt und war nach Weimar weitergeflogen: eine Brüskierung, wie es sie in diesem Ausmaß bisher bei noch keinem anderen Staatsbesuch in Berlin gegeben hatte. Bärbel Boley, eine Symbolfigur der DDR-Bürgerbewegung, kommentierte diese Absage damit, daß Li Peng nun wenigstens das Symbol der Überwindung der deutschen Spaltung nicht geschändet habe.

Aber auch in der Goethe-Stadt Weimar war Li von mehreren hundert Demonstranten mit Pfiffen und Transparenten empfangen worden. "Kein Dichter und Denker für Richter und Henker", hieß es auf einem der Plakate. Auch im Goethe-Haus selbst fühlte Li sich brüskiert, nachdem der Präsident der Stiftung "Weimarer Klassik", Bernd Kauffmann, zu Beginn seiner Ausführungen gesagt hatte, daß "dieses Haus ein steingewordenes Zeugnis der deutschen Klassik und eines Denkens geworden sei, das der Unverletzlichkeit der Person aufs tiefste und höchste verbunden ist". Li hatte daraufhin die Rede unterbrochen und erklärt, er wolle sich die Goethe-Gedenkstätte ohne weitere Erklärungen anschauen. Nach Verlassen des Goethe-Hauses hatte Li die Gastgeber aufgefordert, Weimar von den Demonstranten räumen zu lassen. Als diese Forderung nicht erfüllt wurde, war er unverzüglich nach München weitergereist. Doch auch dort hatten sich - vor der Münchner Residenz - wieder einmal Demonstranten versammelt.

Von diesem Augenblick an hatte Li auf jedes weitere Programm verzichtet und sich nur noch auf Firmenbesuche - u.a. bei der DASA, bei MAN und bei Siemens, beschränkt.²

Li Peng war von dem chaotischen Beiwerk seines Besuchsprogramms, das für keinen Kenner pluralistischer Gesellschaftsordnungen hätte überraschend sein dürfen, offensichtlich so verblüfft, daß er nur noch mit dem Holzhammer reagieren zu können glaubte und daher einen Gastgeber nach dem anderen mit Absagen und mit Interventionen vor den Kopf stieß, wie sie den Etikettevorstellungen weder der Gastgeber noch der Chinesen entsprachen.

Zwar hatte er vor seiner Abreise aus München dann doch noch erklärt, sein Deutschlandbesuch sei ein "voller Erfolg" gewesen. Der Augenschein, vor allem aber die "späte Rache" im Zusammenhang mit der Kohl-Visite, haben jedoch eher das Gegenteil bewiesen.

2

Das Nachspiel beim Kohl-Besuch

Im Zusammenhang mit der Visite des deutschen Bundeskanzlers im November 1995 kam es zu mindestens fünf "Merkwürdigkeiten", die jeweils für sich genommen we-

nig aussagen, die aber im Gesamtzusammenhang eine deutliche "Botschaft" haben erkennbar werden lassen, wie sie oben "in Klarschrift" wiedergegeben wurde.

- Da war zunächst das Empfangszeremoniell vom 12. November. Kohl wurde mit seiner gesamten Delegation, unter der sich nicht nur drei Minister, sondern auch zahlreiche Firmenvertreter befanden, in einen Bus komplimentiert und auf diese höchst unprotokollarische Weise vom Flughafen ins Beijinger Gästehaus "verfrachtet". Schon nach deutschen, vor allem aber nach chinesischen Hierarchievorstellungen ist ein solches Verhalten höchst ungewöhnlich. Der Leiter einer Großdelegation, zumal dann, wenn er auch noch ein hochangesehener Regierungschef ist, hat nach chinesischen Vorstellungen in einem eigenen - und auch der Ranghöhe angemessenen - Gefährt transportiert zu werden. Dies hätte selbst dann der Fall sein müssen, wenn die Kanzler-Delegation lediglich aus drei oder fünf Personen bestanden hätte!

- Eine Ohrfeige für den Gast gab es aber nicht nur zu Beginn, sondern auch zum Abschluß seiner Visite, insofern nämlich Li Peng bei der Abschiedsvorstellung Kohls protokollwidrig nicht erschienen, sondern sich wegen gesundheitlichen Unwohlseins entschuldigen ließ. Der Kommentator der *South China Morning Post* hatte dies schon damals als "humiliation" ("Demütigung") des Kanzlers bezeichnet.³

- Ein weiteres "Zeichen" hatte die chinesische Regierung mit den demonstrativ niedrigen Handelsabschlüssen gesetzt, die diesmal zustande kamen. Waren bei Li Pengs Deutschlandbesuch im Sommer 1994 noch Verträge im Gesamtwert von rund 6 Mrd. DM unterzeichnet worden, so kamen diesmal mit größter Mühe gerade einmal 2,1 Mrd. DM zusammen⁴ - und dies, obwohl sich das deutsche Außenhandelsdefizit gegenüber der VRCh mittlerweile bei rund 5 Mrd. US\$ pro Jahr eingependelt hatte, so daß hier eigentlich ein starkes "Ausgleichsbedürfnis" bestand.

- Die eigentliche "Brüskierung" folgte aber erst, nachdem Kohl die Volksrepublik längst wieder verlassen hatte: Am 13. Dezember 1995 nämlich wurde Chinas bekanntester Dissident, Wei Jingsheng, für den Kohl und Kinkel sich expressis verbis verwendet hatten, zu einer neuen Gefängnisstrafe von 14 Jahren Haft und zu anschließendem dreijährigen Entzug der Bürgerrechte verurteilt, und zwar vom Beijinger Mittleren Volksgericht Nummer 1, in dem offensichtlich gehorsame Parteirichter ihren Dienst verrichteten. Der heute 45jährige Wei hatte 1979 während der damaligen kurzlebigen Protestbewegung die Zeitschrift *Tansuo* ("Nachforschungen") herausgegeben und war, weil er dort mehrere Male auch Deng Xiaoping persönlich angegriffen hatte, zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Allerdings hatten ihn die Behörden sechs Monate vor Ablauf seiner Strafe "bereits" im Herbst 1993 wieder freigelassen, weil die Beijinger Führung gehofft hatte, mit dieser großzügigen Geste die Olympischen Spiele für das Jahr 2000 zugeteilt zu bekommen. Das IOC hatte sich jedoch durch diese "Großzügigkeit" nicht beeindruckt lassen, sondern sich gegen China entschieden. Schon kurze Zeit nach dieser Entscheidung war Wei Jingsheng - am 1. April 1994 - erneut ohne Anklage festgesetzt worden. Zahlreiche westliche Regierungen, u.a. auch Bonn, hatten seitdem immer wieder die Freilassung Weis gefordert und seinen

Namen auf besondere Freigabelisten gesetzt, die z.B. Kinkel am Rande der China-Visite Kohls zuletzt seinem Amtskollegen Qian Qichen zum wiederholten Male vorgelegt hatte.

All dies hatte jedoch die chinesische Parteiführung nicht daran hindern können, Wei erneut hinter Schloß und Riegel zu setzen - und zwar, wenn er denn seine zweite Gefängniszeit überhaupt überlebt, bis zum 60. Lebensjahr. Das Gerichtsverfahren gegen Wei dauerte nur viereinhalb Stunden und wurde von drei Richtern - zwei davon uniformiert - durchgeführt. Schon eine halbe Stunde nach der Sitzung kamen sie in den Gerichtssaal zurück, um das - offensichtlich längst vorbereitete - Urteil zu verlesen, das offensichtlich von keiner geringeren Instanz als dem Politbüro vorgegeben worden war. Wei wurde wegen angeblicher Umsturzpläne verurteilt. Einziges Beweisstück für diese Absichten war ein Notizzettel, den Wei im Herbst 1993 einem Amerikaner namens Ebstein überreicht hatte, der die Veröffentlichung der Wei'schen Aufsätze und Essays betreuen sollte. Auf diesem Zettel stand die Bitte, ihm eine zuverlässige Bank zu vermitteln, auf die er seine Honorare überweisen konnte, um damit einen Sozialfonds zugunsten politisch Verfolgter einzurichten.

Das Gericht beurteilte diese Bitte als weiteren Beweis für die verschwörerischen Absichten des Beklagten.

Da Weis Name die Liste jener 18 Dissidenten angeführt hatte, deren Freilassung auf der Liste Kohls und Kinkels erbeten worden war, muß die Verurteilung so kurz nach dem Besuch als weiteres "Heimzahlungs"-Signal gedeutet werden.

- Wer freilich auch jetzt noch Zweifel gehabt haben mochte, wurde eine weitere Woche später durch einen fünften Schritt eines Besseren belehrt. Diesmal nämlich wurde der deutsche Journalist Henrik Bork ausgewiesen: zumindest lief die Nichtverlängerung seines Visums auf eine solche Ausweisung hinaus. Begründet wurde sie mit dem Hinweis, daß der Journalist sich auf unziemlich-kritische Weise über führende politische Persönlichkeiten der Volksrepublik geäußert habe, nicht zuletzt über Li Peng am Vorabend seiner Deutschland-Reise im Sommer 1994.

Ganz offensichtlich ist Bork freilich nicht wegen dieser Berichterstattung/Kommentierung zur Rechenschaft gezogen worden; denn sonst hätte sie schon ein Jahr früher erfolgen müssen. Vielmehr war ihm die Rolle eines Sündenbocks zugewiesen worden. Obgleich auch amerikanische, britische und französische Korrespondenten kritisch über Li Peng berichtet hatten, mußte es *diesmal* offensichtlich ein deutscher Journalist sein, um auch noch die letzten Zweifel auszuräumen, daß die bisherigen Signale an die Adresse Bonns - und vor allem der Kohl-Regierung - gerichtet waren.

3 Die Sprache der Indirektheit und der Präzedenzfall Balladur

Auf der Linie der in ganz Ostasien verbreiteten "Kultur der Indirektheit" bedient sich auch die chinesische Politik meist eher der Andeutung und des "Umwegs" als der direkten Aussage.

Dies hatte u.a. bereits der frühere französische Ministerpräsident Balladur zu spüren bekommen, als er - nach regierungsamtlicher Genehmigung von Kampfbomberverkäufen an Taiwan (erteilt an die Firma Dassault im November 1992) - im April 1994 der VR China einen Besuch abstattete. Die chinesische Führung verübelte dem Gast damals nicht nur die Taiwan-Genehmigung, sondern darüber hinaus auch den besonderen Eifer, den die Franzosen drei Jahre vorher im Gefolge der Tiananmen-Ereignisse von 1989 zugunsten chinesischer Dissidenten an den Tag gelegt hatten.

Balladur wurde nicht nur dadurch "abgestraft", daß er keine wirtschaftlichen Aufträge mit nach Hause bringen konnte, sondern mehr noch durch protokollarische "Belehrungen", deren Sprache noch weitaus unzweideutiger war als das chinesische Verhalten beim Kohl-Besuch.

Es begann damit, daß Chinas bekanntester Dissident - also wieder einmal Wei Jingsheng -, der kurz vorher auf freien Fuß gesetzt worden war, wegen angeblich "regierungskritischer Äußerungen" vorübergehend eingesperrt wurde. Wei blieb freilich nicht das einzige Opfer, das vor den Augen Balladurs "geschlachtet" wurde. Vielmehr war der ganze Weg des französischen Ministerpräsidenten von ostentativen Dissidenten-"Einvernahmen" gesäumt. Die chinesische Dramaturgie verlief, wie *Le Monde*⁵ nachträglich feststellen konnte, in insgesamt fünf Etappen:

- Etappe Nr. 1: Wei Jingsheng wird 4 Tage vor der Ankunft Balladurs festgenommen.

- Etappe Nr. 2: Am Tag der Ankunft des französischen Premiers in Beijing wird Xu Wenli in polizeilichen Gewahrsam genommen. Xu galt ebenfalls als führender Kopf bei der "Demokratischen Mauer-Bewegung" von 1978/79 und war - nach 12 Jahren Gefängnis - gerade im Mai 1993 entlassen worden.

- Etappe Nr. 3: Während Balladur sich auf dem Flug von Beijing zu seiner nächsten Station, nämlich nach Shanghai, befand, wurde ein weiterer bekannter Dissident, Wang Fucheng, am Zielort Shanghai festgenommen, und zwar genau am Ankunftstag Balladurs, dem 8. April 1994.

- Etappe Nr. 4: Kurze Zeit nach der Ankunft erfolgte die Festnahme zweier zusätzlicher prominenter Dissidenten von der Shanghaier Szene, nämlich Bao Ges und Yang Zhous. Yang Zhou erhielt provozierenderweise sogar Gelegenheit, sich mit der ausländischen Presse kurzzuschließen und sie über seine Verhaftung zu unterrichten - eine wiederum offensichtlich genau abgezielte Aktion der chinesischen Drahtzieher.

- Etappe Nr. 5: Beginnend mit Sonntag, dem 10. April, d.h. dem Abreisetag Balladurs, wurden die Dissidenten wieder nach und nach auf freien Fuß gesetzt, allen voran Wang Fucheng, der u.a. bekanntgab, daß er während seiner Einvernahme geschlagen worden sei. Auch Bao Ge und Yang Zhou durften wieder nach Hause zurückkehren, wurden aber unter Hausarrest gehalten. Gleichzeitig wurden ihre Telefone gesperrt, so daß ausländische Journalisten sich mit ihnen jetzt nicht mehr in Verbindung setzen konnten. Yang Zhou hatte den AFP-Korrespondenten allerdings noch kurz vorher darüber informieren können, daß er "wegen Balladurs Besuch arrestiert worden" sei.⁶

Bao und Yang waren bei ihrer "Festnahme" zuerst zu einer Polizeistation gebracht und dann bis Sonntag in zwei verschiedenen Hotels einquartiert worden, und zwar unter Polizeiaufsicht.⁷

Wie sollte Balladur sich in dieser Situation verhalten? Als er am 8. April abends in Shanghai eintraf und von der soeben erfolgten Festnahme Bao Ges und Wang Fuchengs unterrichtet wurde, sei ihm, wie es hieß, "der Kragen geplatzt" und er habe das Verhalten der Chinesen "inakzeptabel" gefunden.⁸ Chinesisch interpretiert hatte er ganz offensichtlich Gesicht verloren, zumal sich die französische Presse sofort auf den Fall stürzte und über den Ministerpräsidenten Hohn und Spott ausgoß.

Vor allem gab es jetzt Spekulationen darüber, von welchem Politiker die Nadelstiche letztlich ausgegangen seien. Die einen vermuteten Streit in der Führung über die Behandlung Balladurs, die anderen sahen in den offensichtlich gezielten Provokationen einen Rachefeldzug Li Pengs, der von Balladur bereits einmal schwer düpiert worden war; hatte doch der französische Ministerpräsident vor einiger Zeit protokollwidrig nicht Li Peng eingeladen, der als einer der Hauptschuldigen am Tiananmen-Massaker gilt, sondern - an ihm vorbei - den KPCh-Vorsitzenden und Staatspräsidenten Jiang Zemin.

Trotz allen "Embarrassements"⁹ gewann Balladur dann aber gegen Ende wieder an Fassung und bezeichnete am Schluß seinen Chinabesuch als "vollen Erfolg" - und dies trotz vieler "Verzerrungen", die einige französische Journalisten sich geleistet hätten.¹⁰

Der Fall Balladur liefert Anhaltspunkte für die Bewertung der Ereignisse beim Kohl-Besuch - und danach.

4 Motive

4.1 Handschrift der Li Peng-Fraktion?

Im Politbüro sind die Aufgaben, wie es den Anschein hat, einigermaßen deutlich verteilt: Zhu Rongji ist beispielsweise für Wirtschaftsfragen, Qiao Shi für Sicherheitsbelange, Liu Huaqing für Militärisches - und Li Peng im wesentlichen für die Außenpolitik "zuständig". Ausgerechnet dieser Li aber ist sowohl in Frankreich als auch in Deutschland vor den Kopf gestoßen worden. Dabei hatte beide Male sein politischer Konkurrent, Jiang Zemin, den Weg gekreuzt. Während Balladur ihn, den chinesischen Ministerpräsidenten, eingeladen hatte, war - immer aus der Sicht Li Pengs - Kohl dadurch schuldig geworden, daß er die schlechte Behandlung nicht hatte verhindern lassen. Auf die Idee, daß die Spielregeln westlicher Öffentlichkeit in Deutschland Eigengesetzlichkeit angenommen haben könnten, ist Li Peng offensichtlich nie gekommen. In seiner Vorstellungswelt hat alles organisiert und geregelt zu sein - notfalls auch ein Protestaufmarsch. Bezeichnend seine Aufforderung an Regierungsvertreter in Thüringen, die Weimarer Demonstranten zu disziplinieren!

Hatte Jiang den Ministerpräsidenten in Frankreich völlig beiseite gedrängt (zumindest mochte dies Li Peng so gesehen haben), so hat er ihm in Deutschland zumindest die Schau gestohlen; war doch Jiang bei seinem Deutschlandbesuch vom 11. bis 15. Juli 1995 höchst zuvorkommend

behandelt und auch von der Bevölkerung nicht angegriffen worden - letzteres schon deshalb nicht, weil das Protokoll diesmal alles getan hatte, um Vorfälle, wie sie sich am Rande des Li Peng-Besuchs ereignet hatten, von vornherein auszuschalten.¹¹

Daß Li hier, in Westeuropa, gleich zweimal vor den Kopf gestoßen wurde, während sein Konkurrent, Jiang Zemin, die Lorbeeren einheimste, muß für den Ministerpräsidenten eine schwer verdauliche Schmach gewesen sein, die er, als außenpolitisch Hauptverantwortlicher, mit einem bestimmten Verhalten "seines" Protokolls eineinhalb Jahre später hat beantworten lassen.

Immerhin fiel die Reaktion der Chinesen diesmal wesentlich zurückhaltender aus als bei der Visite des französischen Ministerpräsidenten, da sich Bonn ja immerhin keinen "Fauxpas" in Richtung Taiwan geleistet und auch in der Tiananmen-Frage mehr Zurückhaltung an den Tag gelegt hatte. Überdies war der Kanzler auf die Anregungen des chinesischen Protokolls eingegangen und hatte als erster ausländischer Regierungschef einer Armee-Einheit, nämlich der 196. Infanteriedivision, einen Besuch abgestattet.

Viele Anzeichen sprechen dafür, daß Li Peng "seinen" Aufgabenbereich, die Außenpolitik, in letzter Zeit soweit wie möglich auf eigene Faust zu betreiben versucht. Nur so lassen sich auch die vielen "Merkwürdigkeiten" der Tagespolitik verstehen, die mit dem Erklärungsverhalten anderer Politiker, z.B. Jiang Zemins oder Qian Qichens, kaum zu vereinbaren sind. Manchmal gewinnt man den Eindruck, als wolle der in der Bevölkerung so unpopuläre Li Peng die Politik Jiang Zemins dadurch konterkarieren - und dadurch Punkte sammeln -, daß er gegen die inneren Gegner Härte zeigt und sich gegen "Einmischungen von außen" mit nationalistisch begründeten Maßnahmen ("Wir wollen uns das nicht gefallen lassen!") zur Wehr setzt.

4.2

Verstärkter Nationalismus?

Von solchen mehr persönlich eingefärbten Überlegungen einmal abgesehen, dürfte das Verhalten gegenüber Kohl, das in ähnlicher Weise übrigens auch dem australischen Ministerpräsident Bob Hawke und dem früheren US-Präsident George Bush zuteil geworden war, zusätzlich dadurch motiviert gewesen sein, daß die chinesische Führung neuerdings immer stärker auf den Nationalismus zu setzen beginnt. Die alte maoistische Mission, die noch im Zeichen des weltweiten Klassenkampfes und der "Weltrevolution" gestanden hatte, ist ja längst gescheitert. An ihrer Stelle hat sich inzwischen ein neues marktwirtschaftliches Denken - und der Wunsch breitgemacht, im wirtschaftlichen und technologischen Bereich längerfristig dorthin zu gelangen, wo China seiner Größe und seinem geschichtlichen Auftrag nach "eigentlich gehört" - nämlich an die Spitze. Dies ist ein neuer Kurs, der bei allen Chinesen Genugtuung auslöst und gern gehört wird. "Getrennt schlagen" (nämlich im wirtschaftlichen Wettbewerb), "vereint siegen" (nämlich als chinesische Nation) - dies etwa dürfte die Devise sein, die der neuen Gefühlslage entspricht. Da die Politiker der Welt, nach Jahren des Protests "gegen Tiananmen", sich mittlerweile wieder die Klinke in die Hand geben, fühlt sich die chinesische Regierung überdies in der Richtigkeit ihres neuen Kurses bestätigt: "Der Kommunismus ist tot, der Chauvinismus

in". Nur so lassen sich die immer selbstbewußteren Äußerungen vieler Politiker erklären, die freilich auch wiederum das Spiegelbild von Verunsicherung und Schwäche sein dürften: wird doch das nach außen hin so selbstsicher auftretende und dynamisch wirkende China im Inneren von zahlreichen Schwächen gelähmt, sei es nun vom Verfall der KPCh-Autorität und von gewaltigen sozialen Folgekosten des schnellen Wachstums (Arbeitslosigkeit, wachsende Einkommensgefälle, ökologische Flächenschäden) bis hin zu wirtschaftlichen Schiefenlagen, die sich vor allem in den tiefroten Zahlen der Staatsbetriebe sowie in der offensichtlich kaum noch beherrschbaren Inflation äußern.

Nicht zuletzt aber sind die Politiker in eine Defensivposition geraten: hatte Mao einst gehustet, so war China sogleich von einer Lungenentzündung befallen worden; räuspert sich jedoch die Spitzenpolitiker der dritten Generation, so hört kaum noch jemand hin, da sich überall Verselbständigungsbewegungen gebildet haben, angefangen von den Betrieben über die Regionen bis hin zu gesellschaftlichen Schichten. Zwar sind die "Nachfolgekämpfe", die - nach Meinung vieler westlicher Journalisten - dem Tode Deng Xiaopings folgen könnten, wenig wahrscheinlich; denn spätestens seit dem XIV. Parteitag vom Oktober 1992 sind die programmatischen und die personellen Konstellationen im wesentlichen festgezurrt worden. Doch ist es der Verlust an Macht und an Autorität, der die chinesische Nomenklatura verunsichern muß und der sich deshalb in vielen Verstiegenheiten und merkwürdigen Verhaltensäußerungen kundtut, angefangen von den Raketendrohungen gegen Taiwan über den aggressiven Umgang mit den USA, auf die China doch keinesfalls verzichten kann, bis hin zur Behandlung der deutschen Regierung, die sich gegenüber Beijing in ihren Äußerungen eigentlich immer moderat gezeigt hatte.

5

Warum die Brüskierung des deutschen Regierungschefs töricht war

Nachdem Beijing sich vorher bereits mit Washington, mit London und mit Paris angelegt hatte, ist es offensichtlich dem Grundsatz "Viel Feind, viel Ehr!" gefolgt, indem es seinen Rundschlag auch noch gegen Bonn fortsetzte.

Töricht war die Brüskierung des deutschen Bundeskanzlers aber auch deshalb, weil China, wenn es sein Hauptziel, nämlich die schnelle Entwicklung der Volkswirtschaft, erreichen will, ohne die Mitarbeit der westlichen Industriestaaten kaum zurechtkommen kann, und weil die deutsche Wirtschaft bei dieser Kooperation zumindest in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielt.

Zwar hat sich Deutschland in seinem Investitionsverhalten bis 1992 von seinen ausländischen Hauptkonkurrenten aus Hongkong (Auslandschinesentum!), Taiwan, den USA, Japan, Singapur, Südkorea und Großbritannien noch weit abhängen lassen, doch ist es mittlerweile zur Spitze vorgezogen, zumindest was das Beschleunigungstempo angeht. Noch im Zeitraum 1981-88 hatte sich der deutsche Kapitaltransfer behutsam, ja beinahe ängstlich vollzogen - mit der Folge, daß damals nur 70 Projekte unter Dach und Fach kamen. 1989-91 hatte sich dann dieses Schnecken-tempo sogar noch ein weiteres Mal verlangsamt - eine Folge der "Tiananmen-Ereignisse". Doch dann war die große Wende gekommen: zwischen 1992 und 1994 näm-

lich hatte die deutsche Wirtschaft plötzlich vom ersten in den vierten Gang hochgeschaltet; so waren beispielsweise allein i.J. 1992 mehr Projekte (130) und höhere Kapitalsummen (129 Mio.US\$) investiert worden als in all den vorangegangenen elf Jahren. 1993 hatte das Tempo noch ein weiteres Mal ruckartig zugenommen - mit der Folge, daß sich die Kapitalsumme nun beinahe verdoppelte (249 Mio.US\$), die Zahl der Projekte aber mehr als verdreifachte (320). 1994 schließlich blieben die Projektzahlen zwar leicht hinter denen des Vorjahres zurück, doch schoß der vereinbarte Kapitalbetrag nun gleich um das Fünffache in die Höhe (1,2 Mrd.US\$) und "egalisierte" damit die Summe aus den vorangegangenen 13 Jahren. Zugleich deutete sich mit diesem Signal auch noch eine neue Tendenz zur Kapital- und Technologieintensität der deutschen Transfers an, wie man sie von der deutschen Wirtschaft eigentlich schon von Anfang an erwartet hatte.

Vom Volumen her hinkt der Exportweltmeister Deutschland zwar noch weit hinter seinen Möglichkeiten her: machten doch die 892 bis Ende 1994 getätigten deutschen Projekte kaum 0,5% der vom übrigen Ausland hochgezogenen 220.000 Einzelprojekte aus. Auch die deutsche Transfersumme von 2,7 Mrd.US\$ nahm sich - mit nicht einmal 1% - neben den bis Ende 1994 von der VR China eingeworbenen insgesamt 300 Mrd.US\$ höchst bescheiden aus.

Doch zeigen die jetzigen Aufholttrends, daß der Nachzügler Deutschland seine Fehler mittlerweile erkannt und seine Prioritäten neu geordnet hat. Drei Anhaltspunkte sprechen dafür, daß es sich bei dem 1992 begonnenen Anlauf nicht nur um vorübergehende Taktik, sondern um langfristige Strategie handelt:

- 1993 hat die Bundesregierung ein neues Asienkonzept verkündet, das nicht nur verstärkte Hilfe des Staates für deutsche Investoren in Aussicht stellt, sondern das Asien (und hier vor allem China, Japan und Indien) zu einem neuen Schwerpunkt deutscher Außen- und Außenwirtschaftspolitik erklärt.

- Fast wie auf Verabredung hat China 1994 neue Investitionsrichtlinien erlassen, die den Bereichen Energie, Transport und Telekommunikation eindeutigen Vorrang zusprechen und damit technologieintensive Ziele anpeilen, die der deutschen Industrie wie auf den Leib geschneidert erscheinen. Kein Wunder, daß sich fast gleichzeitig mit dem verstärkten Einstieg der Deutschen viele auslandschinesische Kleinunternehmer, die, wie es im Sprichwort heißt, "der vorüberfliegenden Gans nur schnell eine Feder ausreißen wollten", zurückziehen begannen: So gingen die "Hongkonger" Investitionen beispielsweise 1994 um 37%, diejenigen Taiwans sogar um 46% zurück!

- Drittens aber hat sich mittlerweile auch bei der deutschen Unternehmerschaft die Erkenntnis durchgesetzt, daß die wirtschaftliche "Musik" künftig vor allem in Asien spielt, und daß man sich deshalb den neuen "trilateralen" Anforderungen (hinsichtlich einer gleichzeitigen Präsenz auf den drei Hauptmärkten Europa, Amerika und Asien) nicht länger entziehen darf.

Überdies man nicht vergessen, daß Deutschland in Europa nach wie vor Chinas weitaus wichtigster Handelspartner ist, von dem die chinesische Wirtschaft zudem gewaltig

profitiert und auf den China angewiesen ist. 1989 konnte China mit seinem Deutschlandhandel beispielsweise Überschüsse in Höhe von 1,1 Mrd.DM erzielen, 1990 waren es 3,8 Mrd., 1991 sogar 7,5 Mrd., 1992 5,9 Mrd. und 1993 immer noch 4,1 Mrd.¹²

Mitten in die neue Aufbruchstimmung hinein erfolgte nun der so ganz unerwartete chinesische "Tiefschlag": er wird die neuen Investitionstrends zwar gewiß zum Stillstand bringen, doch wäre China gut beraten, es bei diesem einen Mal bewenden zu lassen, zumal es bisher ja nicht nur die Deutschen, sondern auch die Amerikaner, die Franzosen und die Briten vor den Kopf gestoßen und ihre Geduld auf die Probe gestellt hat.

5 Konsequenzen?

Bonn wäre gut beraten, sich durch die Torheiten der Li Peng-Dramaturgie nicht provozieren zu lassen, sondern seine China-Politik unverändert fortzusetzen. Erstens gilt es nämlich, die außenwirtschaftlichen Beziehungen über alle derzeitigen Turbulenzen konsequent weiterzuführen, zumal sich die Wirtschaftsbeziehungen - den Gesetzen des Marktes folgend - in Zukunft ohnehin mehr und mehr von der Beijinger Vormundschaft emanzipieren: Sowohl der Handel als auch die Investitionen beginnen sich immer mehr zu regionalisieren, also Wege einzuschlagen, auf die der Zentralapparat in Beijing nur noch marginalen Einfluß hat. Allerdings bleiben von der Zustimmung der Regierung die großen Infrastrukturprojekte und überhaupt fast all jene Großvorhaben abhängig, an denen die deutschen Konzerne am meisten interessiert sind. Nur insofern bleibt die Kooperation mit der Zentralregierung also nach wie vor ein bestimmendes Element.

Besonders klug war das Verhalten Li Pengs auch deshalb nicht, weil er zumindest von der chinesischen Botschaft in Bonn längst darüber "aufgeklärt" worden sein dürfte, daß es zumeist nur rund 200 bis 300, manchmal sogar nur ein oder zwei Dutzend "Aktivisten" gewesen waren, die im Sommer 1994 gegen ihn protestiert hatten - und daß brüske Reaktionen auch deshalb fehl am Platz sein würden, da ja auch *er* die offiziellen Gastgeber im Laufe seiner Deutschland-Visite gleich viermal vor den Kopf gestoßen hatte, nämlich in Berlin-Charlottenburg, am Berliner Brandenburger Tor, in Weimar und dann schließlich noch durch die Absage der offiziellen Besuchstour durch Oberbayern.

Vor Antritt seines Besuchs allerdings scheint er von seinem Apparat nur wenig ins Bild gesetzt worden zu sein, weshalb er nach den Kalamitäten der Deutschland-Visite die Mitarbeiter in der Bonner Botschaft, nicht zuletzt aber auch im Beijinger Außenministerium wütend zur Rede gestellt haben soll.

Zweitens kann sich die Bonner Regierung in China keinen anderen Ansprechpartner erhoffen. Zumindest auf mittlere Sicht heißt die Alternative in Beijing ja nicht: "eine KPCh oder eine andere Partei", sondern "eine reformierte oder aber eine nichtreformierte KPCh".

Mit einer konsequenten und auch weiterhin kalkulierbaren klaren Politik kann deshalb auch der reformerische Flügel innerhalb der KPCh ermutigt werden - jener Flügel also, dem Li Peng in vorderster Linie gewiß nicht zuzurechnen ist.

Was drittens den Beitrag Deutschlands zur Demokratisierung - und damit letztlich auch zur Verbesserung der Menschenrechtssituation - anbelangt, so nützt bloßes Reden und bloßes Ermahnen wenig, von "Heimzahlungs"-Reaktionen ganz zu schweigen. Vielmehr geht es darum, die Voraussetzungen für die Entstehung eines möglichst breiten Mittelstands - oder eines Bürgertums, wenn man so will - zu fördern; bester Demokratisierungshumus sind allemal die neuen Wohlstandinseln, deren reformerische Fortentwicklung, wo immer möglich, zu unterstützen ist. Der von den USA gegenüber China jahrelang gesteuerte Kurs einer ständigen Androhung des Entzugs von Meistbegünstigungszugeständnissen war ein Holzweg. Fortbestehende Massenarmut wäre nämlich die beste Gewähr für fortbestehenden Autoritarismus und für permanente Menschenrechtsverletzungen.

Der "Präzedenzfall" Taiwan, der ja ebenfalls innerhalb einer metakonfuzianischen Gesellschaft möglich geworden ist, müßte langfristig eigentlich auch im Hinblick auf die VR China optimistisch stimmen: Das "Demokratisierungswunder" vollzog sich dort in der Dreierfolge "Wohlhabenheit - Mittelstand - Partizipationsverlangen". Taiwan hat diese Sequenz in exemplarischer Weise durchlaufen und damit Hoffnungen erweckt, daß sich zumindest in den wohlhabenderen Regionen der Volksrepublik analoge Effekte einstellen.

Wollte man den chinesischen Spieß, wie er gegen den Kohl-Besuch eingesetzt worden ist, einfach nur umdrehen und mit Sanktionen reagieren, so würde dies nicht nur Trotzreaktionen bei der Führung, sondern auch nationale Unmutsregungen bei der breiten Bevölkerung auslösen - und wäre, unter längerfristigen Gesichtspunkten, ganz gewiß kontraproduktiv!

Am meisten hat die Li Peng-Attacke der VR China selbst geschadet, die mit westlichen Medien in den zurückliegenden Jahren immer verhältnismäßig zurückhaltend umgegangen ist: Immerhin war seit der Ausweisung des *Independent*-Korrespondenten Andrew Higgins vor vier Jahren kein westlicher Journalist mehr gemäßregelt worden.

Mit den jüngsten Maßnahmen hat China "sein Image ganz gewiß nicht verbessert", meinte der Kommentar der in Hongkong erscheinenden *South China Morning Post*.¹³ "China macht es seinen Freunden nicht gerade leicht, sein Verhalten zu verstehen" - dies etwa war der Tenor, der sich durch zahlreiche Erklärungen der letzten Wochen zog.

Anmerkungen

- 1) C.a., November 1995, Ü 1 und Ü 21.
- 2) Ausführlich dazu: C.a., Juli 1994, S. 684-687.
- 3) SCMP, 26.11.95.
- 4) Dazu im einzelnen C.a., November 1995, Ü 21.
- 5) 13.4.94.
- 6) IHT, 12.4.94.
- 7) Zum Ganzen vgl. C.a., April 1994 Ü 1.
- 8) *Le Monde*, 10./11.4.94.
- 9) So *Le Monde*, 13.4.94.
- 10) XNA, 23.4.94.
- 11) Dazu ausführlich C.a., Juli 1995, S. 570-572.
- 12) Vgl. dazu Margot Schüller: "China-Boom in Deutschland", in: C.a., Juni 1994, S. 580-588, hier 581.
- 13) 20.12.95.

Thomas Hoppe*

Theatrum mundi, Widersprüche rund um die Wahl der 11. Reinkarnation des Panchen Lama

Die Situation im
November-Dezember 1995

Deng Xiaoping zum 10. Panchen Lama, 1980: *Sie sind ein Patriot unseres Landes. Sie treten dafür ein, die Einheit des Landes zu erhalten.*¹

Der 10. Panchen Lama vor seinem Tode: *Wenn die Vor- und Nachteile der chinesischen Herrschaft über Tibet gegeneinander abzuwägen wären, würden die Nachteile, die China Tibet gebracht hat, die Vorteile überwiegen.*²

Tibet bewegt sich in einem unendlich scheinenden Gewirr von Widersprüchen, wie sie u.a. durch die beiden obigen Zitate illustriert werden. Die inneren Widersprüche werden durch äußere in Gang gesetzt, die inneren bewegen die äußeren, die inneren versetzen sich untereinander in Bewegung, die inneren spalten sich in immer neue, immer feinere Verästelungen auf. Das gleiche gilt für die äußeren. Äußere werden zu inneren, innere zu äußeren usw. usf....³ Fronten, die wir glauben ausmachen zu können, sind nie so klar gezogen, wie sie erscheinen. Und dieses Tibet lebt, Gott sei Dank.

Bei der Bestimmung eines Nachfolgers für den 1989 verstorbenen 10. Panchen Lama, die zweitwichtigste reinkarnierende Persönlichkeit des tibetischen Buddhismus, geht es - aus chinesischer Sicht - weniger um dessen Person, als vielmehr um das Vorspiel und die Festlegung einer Vorgehensweise zur Einsetzung eines neuen Dalai Lama, nach dem irgendwann zu erwartenden Tod des 14. Dalai Lama Tenzin Gyatso, der 1995 seinen 60. Geburtstag begangen hat. Kein Panchen Lama hat in diesem Jahrhundert die überragende geistige und weltliche Rolle des Dalai Lama als *der* lebende Gott⁴ der Tibeter - nach tibetischer Vorstellung eine Inkarnation des Buddha Avalokiteshvara - ersetzen oder gar übernehmen können. Der Panchen Lama gilt als eine Inkarnation des Buddha Amitâbha und steht damit in der Hierarchie des buddhistischen Pantheons noch über dem Dalai Lama.⁵ Entscheidend für die religiös-politische Stellung dieser beiden reinkarnierenden Persönlichkeiten sind jedoch die durch einen gesellschaftlichen Diskurs und Prozeß gesellschaftlicher Anerkennung "erzeugte" Authentizität und eine als positiv empfundene Ausstrahlung und Wirkung auf die Gläubigen. Dem Dalai

* Dr. Thomas Hoppe arbeitet derzeit an einem Forschungsprojekt über Tibet am Institut für Asienkunde.